



Kostenlos!

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 215

Wilhelmshaven

März 2006

Irrungen und Wirrungen

Für e.on-Chef Bernotat ist der Flüssiggashafen schon im Bau, für CDU-MdB Kammer ist er sogar schon in Betrieb. Wie es dort wirklich aussieht, steht auf Seite 8.



Dialoge

Das Schicksal der Familie Mucaj bringt viele WilhelmshavenerInnen in Rage. Auf Seite 3 gibt es jede Menge Informationen und die hier schon vorweggenommene Erkenntnis: Abschiebung abschaffen!

Wie wird, wie soll Wilhelmshaven zukünftig aussehen? Die Stadt Wilhelmshaven veröffentlichte jetzt ihren Endbericht "Gesamtstädtischer Zukunftsdialoq Stadumbau Wilhelmshaven", in dem über weite Strecken wie bei uns im Gegenwind argumentiert wird. Wir berichten auf Seite 5.

Was tun, wenn kein Geld in der Kasse ist? Natürlich sparen. Und so handelt naturgemäß auch die Stadt Wilhelmshaven. Warum diese Sparmaßnahmen die "Zukunftsfähigkeit" der Stadt bedrohen, erfahren Sie auf Seite 6.

Die gute Nachricht: Wilhelmshaven hält schon wieder mal einen Spitzenplatz! Die Wilhelmshavener SchülerInnen sind die unfittesten im ganzen Land Niedersachsen, das seinerseits unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Weiteres aus dem schulischen Bereich steht auf Seite 7.

Der Bau eines Flüssigerdgas-Terminals in Wilhelmshaven ist mal wieder in aller Munde. Ob nun wirklich etwas auf dem Voslapper Groden geschieht (die Genehmigung für den Betrieb ist über 30 Jahre alt), hängt u.a. davon ab, ob der Gaspreis noch ordentlich in die Höhe steigt. Weiteres dazu auf Seite 8.

Arbeitslosigkeit, Trennung/Scheidung, überhöhter Konsum – das alles sind Wegbereiter der Überschuldung. Wir berichten auf Seite 10 über eine Veranstaltung der Arbeitsloseninitiative.

Einen Bericht über den Arbeitskampf der ver.di-KollegInnen in Wilhelmshaven finden Sie auf Seite 11: Klassenkampf!

Auf Seite 12 gibt es dann noch eine Besprechung des Büchleins "Vom Menschen zum Kandidaten" von Lutz Bauernmeister.

Nachrichten, Veranstaltungen und Leserbriefe finden Sie wie immer verstreut in der vorliegenden Ausgabe und auf Seite 2.

meldungen

ALI-Anfrage an den Rat

Die Arbeitsloseninitiative berät und unterstützt seit dem Inkrafttreten von Hartz IV zum 1.1.2005 zahlreiche Langzeitarbeitslose in Fragen der Kosten der Unterkunft. Vor einiger Zeit hat die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) zwischen Stadt Wilhelmshaven und Arbeitsagentur als Träger des Job-Centers, offenbar als Antwort auf drastisch steigende Energiepreise, die Heizkostenpauschale, die sie den Empfängerinnen von Arbeitslosengeld II zahlt, um einige Euro erhöht, gleichzeitig aber auch den Mietpreis, den sie diesem Personenkreis zusteht, um dieselbe Summe gesenkt. Dies trifft jedenfalls auf allein wohnende Alg II-Bezieherinnen zu. Für sie wurde die Heizkostenobergrenze von 51 auf 57 Euro erhöht und gleichzeitig die Mietobergrenze von 258 auf 252 Euro gesenkt.

Um die (vorläufige) Rechtssprechung des Landessozialgerichts Niedersachsen/Bremen, derzufolge für die Miete die rechte Spalte der Wohngeldtabelle anzuwenden ist (was für eine Einzelperson 280 Euro Miete bedeutet), kümmert sich die ARGE Wilhelmshaven nicht, sondern scheint abzuwarten, ob das Urteil im endgültigen Verfahren dem Spruch des Eilverfahrens folgen wird oder nicht.

Die Arbeitsloseninitiative hat deshalb eine Anfrage an den Rat der Stadt Wilhelmshaven gerichtet, in der sie um Auskunft bittet, "1. in welcher Höhe die einzelnen Mietobergrenzen festgelegt worden sind, 2. mit welcher Methode (Vorgehensweise) die Mietobergrenze ermittelt worden ist, 3. in welchen Zeitabständen die Ermittlung erfolgt, 4. wann die letzte Ermittlung erfasst wurde und ab wann sie angewendet wird." Dieselben vier Fragen stellt die ALI dem Rat bezüglich der Heizkostenpauschale und bezüglich der Warmwasserzubereitungskosten. Vielleicht bringt es ja ein bisschen Bewegung in die Sache, wenn der Rat sich auch einmal mit diesen Fragen beschäftigt. (noa)

Linkes Bündnis

zur Kommunalwahl kommt voran. Zwar gab es am 9. Februar erneut eine Diskussion, die sich eigentlich schon erledigt haben könnte. Es wurde der Vorschlag wiederholt, dieser Wählergemeinschaft den Namen "WALLI" zu geben. Das hieße dann nicht mehr "Wilhelmshavener Alternative Liste", sondern "Wilhelmshavener Alternative Linke Liste". Für WALLI-Mitglieder in dem neuen Bündnis hätte das den Vorteil, von ihren WählerInnen wiedererkannt zu werden, nachdem der bei der letzten Kommunalwahl noch als WALLI-Mitglied angetretene Joachim Tjaden inzwischen ausgetreten ist und mit der BASU eine neue Gruppierung gegründet hat. Doch der Vorschlag wurde dann doch verworfen, weil es reichlich schwierig zu erklären wäre, dass hinter dem gleichen Namen einerseits etwas Neues, Größeres als ursprünglich steckt, andererseits aber zum Teil dieselben Leute wie damals stehen. Als alternativer Namensvorschlag steht nun "Linke Alternative Wilhelmshaven" zur Debatte. Die Entscheidung über den Namen wird in einer der nächsten Sitzungen getroffen werden, was das Gespräch und die Berichterstattung über die Gruppe enorm erleichtern wird. Wichtiger als das Thema Namensgebung: Die inhaltlich-programmatische Arbeit wurde aufgenommen. Es haben sich drei Arbeitsgruppen zu den Themenbereichen "Soziales", "Wirtschaft" und "Kommune/Umwelt/Infrastruktur" gebildet, die sich zwischen den Plenumsitzungen treffen. In der nächsten Sitzung am 9. März um 19.30 Uhr in der Gaststätte "Schwarzer Bär" werden die ersten Arbeitsergebnisse vorgestellt werden. (noa)

Kleb dir eine

Zu ihrem 100. Geburtstag im Jahr 2007 bekommt die Kaiser-Wilhelm-Brücke von der Deutschen Post ein schönes Geschenk: eine Sonderbriefmarke.

Der Vorschlag dazu kam vom Oberbürgermeister und Karin Evers-Meyer: "Die Kaiser-Wilhelm-Brücke gilt nicht nur als technisches Kulturdenkmal der Stadt Wilhelmshaven, sondern ist auch in Bau und Technik einzigartig in Deutschland. Als symmetrisch zweiteilige Straßenbrücke aus genietetem Stahlfachwerk war sie bereits im Jahr ihrer Einweihung in Deutschland bekannt. Mit einer Spannweite von 159 Metern zählt sie auch heute noch zu den eindrucksvollsten Brücken im Land." Denn sollen sie mal gleich für 2011 die nächste Sondermarke bestellen: für die Südzentrale. Auch dieses eindrucksvolle Bauwerk steht unter Denkmalschutz und ist heute wie zur Zeit seiner Einweihung einzigartig in Deutschland. Beide zusammen bilden ein historisch untrennbares Ensemble. Warum man nun erstgenanntes ohne Scheu vor Kosten und Mühen pflegt, letzteres aber dem Verfall und am liebsten auch dem Abriss preisgeben möchte, wird sich stadtbildbewussten Menschen niemals erschließen. Immerhin soll nun das Fachleute-Forum zum Erhalt der Südzentrale sein denkmalpflegerisch wie wirtschaftlich interessantes Konzept (s. GEGENWIND 214) im städtischen Bauausschuss vorstellen dürfen. (iz)

Tatmotiv Ehre

Eine Ausstellung von Terre des Femmes und Menschenrechte für die Frau e. V.

In vielen Teilen der Welt werden Frauen von ihren Familien zwangsverheiratet, verletzt, mit Säure übergossen, gesteinigt oder auf andere Weise ermordet. Motiv für diese Verbrechen ist häufig, die Familienehre zu verteidigen oder wieder herzustellen. Die Gewalt wird im Namen der Tradition gerechtfertigt und häufig von der Mehrheit der Familienmitglieder und der Gemeinschaft unterstützt. Dieses patriarchale Phänomen existiert in vielen Teilen der Welt. Auch Frauen und Mädchen in Deutschland sind betroffen, vor allem unter Flüchtlingen und Familien mit Migrationshintergrund.

Im Rahmen der Jahreskampagne 2004-2006 "Gewalt im Namen der Ehre" wurde vergangenes Jahr im Jungen Theater das eindrucksvolle Stück "Savage Rose" aufgeführt (s. Gegenwind 208 vom Juni 2005). Dort ging es um die junge Kurdin Nermina, die Opfer eines Verbrechens im Namen der Ehre wird.

Die Gleichstellungsbeauftragte und die Migrationsberatung der Stadt Wilhelmshaven präsentieren nun die Wanderausstellung "Tatmotiv Ehre". Die Ausstellung klärt über diese Menschenrechtsverbrechen auf und bietet fundierte und sachliche Informationen zu den verschiedenen Formen von "Ehrverbrechen". Ebenso werden jene Menschen vorgestellt, die sich mutig und engagiert gegen diese Gewalt einsetzen. Daher ist die Ausstellung auch eine hoffnungsvolle und berührende Dokumentation aktueller Frauen- und Menschenrechtsarbeit.

Dauer der Ausstellung: 3. bis 27. April 2006
Ort: Vortragssaal der Volkshochschule Wilhelmshaven, Virchowstr. 29.

Öffnungszeiten: montags bis freitags von 9-13 und montags bis donnerstags von 15-18 Uhr.

Eröffnung am Freitag, 7.4.2006, um 17 Uhr durch Schirmherrin Marianne Fröhling. Fatma B. wird aus ihrem Buch "Henna Mond" lesen.

Kulturtyp

Rudy Rotta

"The best European Blues Act"
im Faircafé Schortens

Montag, 6. März 2006

Beginn: 20.30 Uhr

Einlass: 19.30 Uhr

Ticket-Vorverkauf: 10,- € im Fair Café, Accumer Str. 5, 26419 Schortens / Graftschaft, (Di-Fr + So 14.30- 18 h) und Mercado Naturkost, Wilhelmshaven-FGrodens, Posener Str. 60 (Mo-Fr 9- 18 h + Sa 9-13 h) oder per Banküberweisung auf Landessparkasse zu Oldenburg (BLZ 280 501 00), Kto-Nr. 1281815. Verwendungszweck "Ticket-Service Fair Café" + Konzertdatum oder Künstlurname. Es gibt an der Abendkasse eine Liste für Überweiser. Der Betrag muss einen Tag vor dem Konzert eingegangen sein. Informieren Sie sich bitte vor Ihrer Überweisung, ob es noch Karten für das gewünschte Konzert gibt, unter Ticket-Anfrage: ticket@fair-cafe.com oder Hotline 04423.70.93.60



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0180-5060 3441 9546
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpfer (verantwortl. Redakteur), Jessica Kramhöft, Anette Nowak, Arne Schulz, Thomas Sobel, Imke Zwoch;

Druck: Papudis; Auflage: 4600 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)
jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 01.03.2006

Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben - diesmal besonders bei Jochen.

Kein Naturgesetz

WilhelmshavenerInnen kämpfen für Familie Mucaj

(iz) Mitte Januar wurde die Wilhelmshavener Familie Mucaj Opfer eines nächtlichen Abschiebungsversuches. Der konnte zum Glück in letzter Sekunde verhindert werden. Seit der Vorfall und seine näheren Umstände öffentlich wurden, rollt eine einflussreiche Welle der Hilfsbereitschaft und Solidarität durch die Stadt. Eine Informationsveranstaltung des Unterstützerkreises beleuchtete neben konkreten Hilfsmaßnahmen die vielfältigen Facetten der geltenden Abschiebep Praxis.

Als Glücksfall erwies sich die Präsenz von Bernd Tobiassen, der sich seit vielen Jahren um Flüchtlinge im Bereich Weser-Ems kümmert. Ohne seine fundierten Kenntnisse der rechtlichen, politischen und sozialen Hintergründe wäre der Abend kaum so zielführend verlaufen. Vor allem verstand er es immer wieder, die (verständlicherweise) sehr emotional geführte Diskussion in zwei wesentliche Kanäle zu trennen:

- kurzfristig erforderliche Maßnahmen, um Familie Mucaj ein Bleiberecht zu ermöglichen
- mittel- bis langfristig notwendige Aktivitäten zur Änderung der derzeit geltenden unmenschlichen Abschiebep Praxis.

Kein Tribunal

Im Blickfeld des gut gefüllten Saals des Gewerkschaftshauses standen immer wieder der Leiter der städtischen Ausländerbehörde, Ralf Janssen, und sein Mitarbeiter Ralf Pleitz. Wiederholt waren sie in Medienberichten und Leserbriefen scharfer Kritik ausgesetzt, weil Mucajs nach eigener Schilderung nicht gerade mit Samthandschuhen angefasst worden waren. Im Publikum saß auch Oberbürgermeister Menzel – nicht zuletzt, um seinen Mitarbeitern Rückendeckung zu geben. An diesem Abend gab es nur wenige persönliche Angriffe. Es war Tobiassen, der gemeinsam mit Diskussionsleiterin Gudrun Klöpfer die tatsächliche von der vermeintlichen Verantwortung der Ausländerbehörde differenzierte: "Dies ist kein Tribunal gegen Herrn Janssen und Herrn Pleitz."

Aus einem Brief an Menzel: "Aus dem Geschichtsunterricht in unserer Schulzeit wissen wir von einer Zeit, in der Menschen bei Nacht aus ihren Wohnungen geholt wurden und verschwanden. Eigentlich hatten wir gedacht, dass nach 1945 so etwas in Deutschland nicht mehr vorkommen könnte. Wir können und wollen uns auch nicht vorstellen, dass Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind und gut integriert sind, des Landes verwiesen werden. Wir bitten Sie, die Familie Mucaj und alle unsere anderen MitbürgerInnen und NachbarInnen ausländischer Herkunft vor Abschiebung zu schützen. Lassen Sie bitte auch nicht zu, dass es 'formgerecht' geschieht, denn auch das ist unmenschlich!"

Politische + soziale Hintergründe

Seit Beginn des Kriegs im Kosovo gab es zahlreiche Übergriffe gegen Roma, Askali (denen Mucajs zugehören) und andere ethnische Minderheiten, die deshalb seit 1999 nicht mehr abgeschoben wurden. 2005 einigte sich der damalige Bundesinnenminister Otto Schily mit der vor Ort tätigen UNMIK (Interimsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo), mit der "Rückführung" von monatlich etwa 500 Askali und anderen Flüchtlingen zu beginnen.

Laut UNHCR (Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen) ist aber die Situation im Kosovo für ethnische Minderheiten immer noch "alles andere als sicher". Die KFOR-"Schutz"truppen sind nicht in der Lage, ihren Auftrag zu erfüllen. Zudem ist die medizinische Versorgung völlig unzureichend und die sozialen Verhältnisse sind verheerend: Die Arbeitslosenquote liegt allgemein bei 80%, bei den Minderheiten faktisch bei 100%.

Viele Flüchtlinge aus dem Kosovo sind bereits seit mehr als 10 Jahren in Deutschland, was nicht zuletzt mit der Dauer der Asylverfahren zusammenhängt. Die Kinder sind hier geboren und aufgewachsen und sprechen in der Regel nur deutsch. Die "Rückkehr" in ein Land, das sie nie kennen gelernt haben, bedeutet für sie Entwurzelung und Identitätsverlust.

Das Rechtsverfahren

Das Landes kriminalamt teilt der UNMIK mit, welche Personen es als nächstes abzuschicken gedenkt. Die UNMIK muss vor Ort überprüfen, ob die Sicherheit der Rückkehrenden gewährleistet ist. Geht innerhalb einer bestimmten Frist kein Widerspruch der UNMIK ein, werden die Flugtickets gebucht und die kommunale Ausländerbehörde muss die Abschiebung durchsetzen. Die Betroffenen erhalten einen Monat Zeit für eine "freiwillige" Rückkehr. Machen sie davon keinen Gebrauch, werden sie von der Ausländerbehörde mit polizeilicher Unterstützung ins Flugzeug verfrachtet.

Die Welle

Michael Zinn vom Unterstützerkreis beschrieb, wie die Welle der Solidarität für Mucajs ihren Anfang nahm: Nachdem sein Leserbrief in der WZ veröffentlicht worden war, in dem er seine Empörung über den Umgang mit Mucajs zum Ausdruck gebracht hatte, standen diese abends bei ihm vor der Tür: "Könnt ihr uns helfen?" Weitere Leserbrief folgten, die Verfasser und andere Gleichgesinnte nahmen Kontakt miteinander auf. Der so entstandene Unterstützerkreis verfasste eine Petition, die mittlerweile von etwa 1000 Menschen unterschrieben wurde und dem Petitionsausschuss des Nds. Landtages übergeben werden soll.

Der Oberbürgermeister erhielt viele Briefe, in denen er um Unterstützung gebeten wurde. "Die wurden umgehend beantwortet", betonte Günther Kremmer vom Unterstützerkreis. "Mich hat Herr Menzel auch angerufen – er wirkte ehrlich betroffen." Von den ebenfalls angeschriebenen Abgeordneten Karin Evers-Meyer und Günther von der Kammer lagen noch keine Antworten vor.

Auch die ErzieherInnen und LehrerInnen sowie die Elternschaft aus dem Kindergarten bzw. der Schule der Söhne und die Spielgefährten und MitschülerInnen zeigen große Solidarität.

Allerdings erhielten einige Unterstützer



Andere Politik ist möglich. Jetzt mitgestalten.
04421- 46 68 36
www.wasg-whv.de

auch Droh- und Schmähbriebe von Ewiggestrigen. Um so wichtiger sei es, zusammen zu stehen und weiter zu machen, ermutigte Gudrun Klöpfer die Anwesenden.

Die Petition

In der Petition wird dargelegt, dass die Familie Mucaj sich in Deutschland integriert hat, und auf dieser Grundlage wird ein Bleiberecht gefordert. Eine Härtefallkommission gibt es im Petitionsausschuss des Nds. Landtages nicht. Es gibt nur ein Beratergremium, das oft für ein Bleiberecht votiert – und dann im Ausschuss von CDU und FDP überstimmt wird. Von den letzten gut 170 Anträgen wurde, nach Kenntnis von Tobiassen, nur einer positiv beschieden.

Schünemann kriegt Gegenwind

Aktuell haben öffentliche Proteste, auch von kirchlicher Seite, bewirkt, dass Niedersachsens Innenminister selbst aus den eigenen Reihen für seine Flüchtlingspolitik scharf kritisiert wird. SPD und Grüne nennen sie "erbarmungslos und ungerecht". Schünemann hält dem entgegen, seine Politik orientiere sich konsequent am Zuwanderungsgesetz. Dessen Ausführungsbestimmungen sind jedoch Ländersache, liegen also in seiner ureigensten Verantwortung.

Der grüne Fraktionsvorsitzende Stefan Wenzel fordert die Einrichtung einer Härtefall-Kommission. Die SPD-Sozialpolitikerin Heidi Merck fordert: "Geben Sie dem Land sein humanitäres Gesicht zurück."

Was kann die Ausländerbehörde tun?

Janssen und Pleitz beteuerten, sich an geltende Gesetze bzw. Gerichtsentscheidungen gehalten zu haben: "So bitter das ist, es bleibt nur Abschiebung." Dazu ein Teilnehmer: "Es geht hier um Menschlichkeit, und die passt in kein Gesetzbuch." Unter der rot-grünen Landesregierung gab es noch einen Erlass, wonach der Abschiebungstermin angekündigt werden musste, wenn Kinder davon betroffen waren; und es gab einen Ermessensspielraum, dass die Kinder zumindest ihr Schuljahr noch in Deutschland beenden durften; seit dem Wechsel zu Schwarz-Gelb gilt das alles nicht mehr.

Tobiassen wusste aber durchaus einige Spielräume zu benennen, die die Ausländerbehörde ausschöpfen kann:

- Prüfung der "tatsächlichen Unmöglichkeit der Abschiebung" (wenn z. B. ein Familienmitglied erkrankt ist)
- Eine Petition kann bis zu 6 Monaten aufschiebende Wirkung besitzen, sofern noch kein Abschiebetermin feststeht UND die betroffenen Personen keine Sozialhilfe beziehen.

Herr Mucaj könnte und würde sofort eine Stelle antreten, die ihm der Arbeitgeber ►

bereits fest zugesichert hat. Dafür braucht er aber eine Arbeitserlaubnis. Die erteilt die Ausländerbehörde – mit Zustimmung der Arbeitsagentur. Die lehnte jedoch ab mit der Begründung, es seien zunächst bevorrechtigte Arbeitssuchende (deutscher Abstammung) zu berücksichtigen. Nach Tobiansens Erfahrungen werden in Nachbarkreisen bzw. seitens der Arbeitsagentur Emden die Spielräume weitgehend zu Gunsten der Flüchtlinge ausgenutzt, als dies in Wilhelmshaven der Fall ist. Anderorts ist es auch "machbar", auf unangekündigte bzw. nächtliche Abschiebungen zu verzichten. Am Ende schießen Pleitz und Janssen bereit, alle Möglichkeiten für die ihnen anvertrauten Flüchtlinge ausschöpfen zu wollen, statt sich weiter hinter Gesetzen zu verstecken.

Gesetze sind Menschenwerk – und veränderbar

Es bestand Einigkeit im Saal: "Das bestehende Ausländerrecht ist gnadenlos!" Doch: "Das sind keine Naturgesetze!" Sondern von Politikern gemacht und von deren Denkweise gefärbt. Tobiansen: "Niedersachsen springt am rigorosesten mit Ausländern um – Innenminister Schünemann ist knallhart."

Menzel teilt diese Einschätzung: "Seit (der Landtagswahl – red.) 2003 wird in Niedersachsen sehr restriktiv verfahren."

Mucajs sind kein Einzelfall. In vielen Städten und Gemeinden gibt es Betroffene – wie auch Solidargemeinschaften empörter MitbürgerInnen. Ziel soll es sein, sich überregional zusammenzuschließen und Druck auf die Landesregierung auszuüben. Im Mai findet die nächste Innenministerkonferenz statt. Ob es dann schon bahnbrechende Änderungen geben kann, ist fraglich. Aber über eine Duldung sollten Mucajs wenigstens eine Chance bekommen.

Aus der Geschichte lernen

Viele Menschen fühlen sich durch das Schicksal der Familie Mucaj ans Dritte Reich erinnert. Damals wurden Abertausende ohne Vorankündigung aus ihren Wohnungen verschleppt. Doch sind solche Vergleiche statthaft? Menzel wurde ziemlich ausfallend, als er sich und seine Mitarbeiter gegen entsprechende Vorwürfe verteidigte. Die müssen sicher geklärt werden, aber nicht in diesem Ton und nicht während einer Solidaritätsveranstaltung. Pastor Frank Morgenstern, einer der Köpfe des Unterstützerkreises, holte das Stadtoberhaupt auf ein konstruktives Niveau zurück, indem er um Verständnis bat für die große Emotionalität gerade älterer Menschen, die die Shoah miterlebt haben. Beispielhaft zitierte er einen Anrufer, der Solidarität bekundet hatte: "Ich bin Synagogenvorsteher – Sie wissen, was ich meine?"



An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Morgenstern forderte Menzel auf, sich "an die Spitze der Bewegung" zu setzen. Kremmer eröffnete gleich eine Möglichkeit: Ob Menzel gemeinsam mit ihm das Gespräch mit dem Leiter der Arbeitsagentur suchen würde? "Kein Problem", lenkte Menzel ein.

Nicht vergessen sollte man die Mechanismen, die damals den reibungslosen Ablauf der Vernichtungsmaschine ermöglichten: Das widerspruchs- und bedingungslose Mitläufertum und die bürokratische "Abwicklung" menschlicher Persönlichkeiten, die auf Formulare reduziert wurden. "Warum ruft ein Polizist, der für eine Abschiebung abgeordnet wird, nicht 'Moment mal'? entrüstete sich eine Teilnehmerin. Auch von anderen Anwesenden kam Zustimmung, dass die rechtsstaatliche Demokratie dafür da ist, Gesetze und andere Anordnungen immer wieder zu hinterfragen, Grenzen auszuloten und auch zu überschreiten, kurz: zivilen Ungehorsam zu üben, wenn die Menschlichkeit es gebietet. Und die eigene Bequemlichkeit hintenanzustellen, wenn es darum geht, dass eine zivilisierte Gesellschaft ihren Namen wirklich verdient. "Es gibt keine menschliche Abschiebung", stellte Janssen fest.

Dann müssen wir sie eben abschaffen. □

"Die schrecklichste Nacht meines Lebens"

Was der Familie Mucaj (gesprachen: Mukai) in jener Januarnacht und am darauf folgenden Tag widerfuhr, ist durch zahlreiche Medienberichte vielen bekannt – aber vielleicht nicht allen:

Zwischen zwei und vier Uhr morgens erscheint ein Aufgebot aus Mitarbeitern der Ausländerbehörde, uniformierten und zivilen PolizeibeamtInnen mit einem Durchsuchungsbefehl an Mucajs Wohnungstür und begehrt lautstark Einlass. Frau Mucaj soll ihre Kinder wecken und anziehen und die Koffer packen – "ansonsten kommen Sie im Pyjama mit". Die Kinder stehen bereits mit weit aufgerissenen Augen im Bett. (Der Ältere ist bis heute traumatisiert und deshalb in ärztlicher Behandlung.) Frau Mucaj läuft umher, begreift und akzeptiert nicht, dass sie jetzt und unter diesen Umständen ihre Heimat verlassen sollen, und bittet, sich zumindest telefonisch von ihren Schwiegereltern verabschieden zu dürfen. Dies wird ihr erst nach der Abfahrt gewährt. In einem großen Bus geht es Richtung Düsseldorfer Flughafen.

Zwischenzeitlich haben Familienmitglieder den Rechtsanwalt informiert und dieser das Verwaltungsgericht in Oldenburg. Dieses stellt einen Formfehler fest. Gerade als Mucajs am Flughafen den Bus verlassen sollen, erhalten die begleitenden Beamten das "Kommando zurück".

Ein neuer Abschiebetermin wurde noch nicht festgelegt. Trotzdem können Mucajs keine Nacht mehr ruhig schlafen. Auch Frau Mucaj wirkt einen Monat danach immer noch traumatisiert. Einige Tage zuvor, bei einem Pressegespräch im kleinen Kreis, versucht sie die Geschehnisse noch einmal zu schildern. Sie beherrscht die deutsche Sprache, aber man fühlt, wie sie feststeckt, gefangen ist in dieser Nacht, in ihrer Wohnung, als würde sie gerade all das nochmal, wieder und wieder, durchleben.

Imke Zwoch

Mütter Zentrum

Werftstr. 45
Tel. 506 106

Zum

Internationalen Frauentag

bieten wir unseren beliebten **Frauenwohlfühltag**

Mittwoch, den 8. März 2006
von 10.00 bis 15.00 Uhr

Für alle Frauen, die sich an diesem Tag verwöhnen lassen wollen mit....

...**Wohlfühlmassagen,
Fußpflege,
Maniküre,
kosmetischen
Behandlungen
oder einer
neuen Frisur**

Pro Angebot 5,00 Euro
Anmeldung für diese
Angebote erforderlich!

und...

... einen internationalen
Brunch ab 10.00 Uhr zum
Preis von 5,00 Euro incl.
einem Getränk für alle
Feinschmeckerinnen.

**Öffnungszeiten
Cafe MüZe:**

Montag bis Freitag

09.30 - 13.30 Uhr

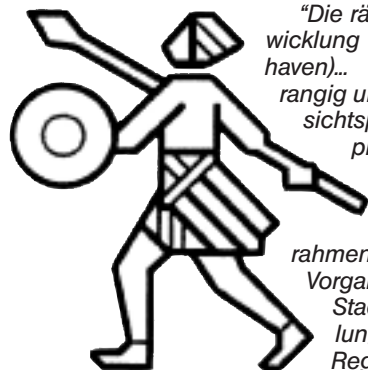
Mittwochs auch

15 - 18 Uhr

Papier ist geduldig

Endbericht "Gesamtstädtischer Zukunftsdialog Stadtumbau Wilhelmshaven" liegt vor

(iz) Fast zwei Jahre lang zerbrachen sich VertreterInnen verschiedener Organisationen und Institutionen die Köpfe darüber, wie unsere Stadt zukünftig aussehen könnte. Im Januar 2006 wurde der Abschlussbericht vorgelegt.



"Die räumliche Entwicklung (in Wilhelmshaven)... verläuft vorrangig unter dem Gesichtspunkt von pragmatischer Nachfrageorientierung und ohne rahmensetzende Vorgaben. Die Stadtentwicklung findet im Regelfall durch

Einzelfallentscheidungen und durch die jeweilige Verfügbarkeit von Flächen statt. Entsprechend wird dort eingegriffen oder gehandelt, wo der augenfälligste Bedarf besteht oder die Forderungen am lautesten sind. Eine Profilierung ... findet lediglich durch Bau und Betrieb des JadeWeserPorts statt ... Eine Vernetzung vorhandener Grün- und Freiflächen durch frei werdende Flächen unterbleibt aus Sorge, diese Flächen dauerhaft an den Natur- und Umweltschutz zu verlieren ... In Fedderwardergroden werden während der Bauzeit des JWP die Bauarbeiter wohnen, das Stadtteilzentrum floriert, der Leerstand steigt nicht erheblich an. Nach Fertigstellung der Hafenanlage können neue Arbeitsplätze allerdings nur im unteren Bereich der prognostizierten Spanne angesiedelt werden. Als Grund dafür wird von ansiedlungswilligen Unternehmen u. a. die erkennbare Lähmung innerhalb der Stadt genannt, die sie als Wohnstandort für die Beschäftigten nicht attraktiv erscheinen lässt ... In der Marktstraße und in der Nordseepassage siedeln sich zunehmend Billigketten an, es ist ein buntes Bild an Werbungen, Fassadengestaltungen, Angeboten, Ständen und Aktivitäten. ... Nach wie vor ist die Stadt vor allem für jene attraktiv, die ein kostengünstiges Leben führen müssen oder aus anderen Gründen die Stadt nicht verlassen können oder wollen ... (FGroden:) Nach Fertigstellung des JadeWeserPorts ist zu erwarten, dass die Bauarbeiter wieder fortziehen werden und es innerhalb weniger Monate zu vermehrten Leerständen kommt. Der JWP schafft im Betrieb wesentlich weniger Arbeitsplätze als erhofft und diejenigen, die von außerhalb zuziehen, finden anderswo geeignetere Wohnstandorte. Auch verringert sich das Geschäftsangebot. Am Ende wird FGroden zum Sammelbecken all jener, die am unteren Ende der Akzeptanzskala stehen."

Was ist das denn? Eine gestraffte Zusammenfassung der letzten 50 GEGENWIND-Hefte? "Ackis Rundschlag" für Ausgabe Nr. 230? Oder welcher chronische Nörgler hat das verfasst?

Keiner. Dies ist ein Auszug aus einem der Szenarien, die von den TeilnehmerInnen des Dialogs zum "Stadtumbau Wilhelmshaven" verfasst wurden, unter der Prämisse "alles

bleibt, wie es ist". Diese nicht sehr optimistische, aber durchaus realistische Betrachtung der derzeitigen Stadtentwicklung kam vermutlich vor allem deshalb zu Stande, weil ein auswärtiges Planungsbüro den Dialogprozess moderierte.

Szenario 2 hat zum Inhalt, dass nur die Kernstadt weiter entwickelt wird (was Ressourcen spart, aber den Todesstoß für FGroden, Voslapp und andere periphere Stadtteile noch beschleunigt). Szenario 3 heißt "Bipolare Stadtstruktur": Hier werden sowohl die Innenstadt als auch die nördlichen Stadtteile (mit Schwerpunkt FGroden) weiterentwickelt. Der Stadtsüden soll die "urbanen" Zielgruppen anziehen (z. B. Ältere, die wohnungsnah Infrastruktur benötigen), der Norden die "suburbanen", die mehr Grün und weniger Enge bevorzugen, z. B. jüngere Haushalte mit Kindern und Studierende. Die Versorgungsinfrastruktur wird dort allerdings abnehmen – FGroden wird "zu einem gefragten Standort für neue Bring- und Liefersdienste".

Stärken und Schwächen

Dem Ganzen voraus ging ein Analyse- und Diskussionsprozess, bei dem in verschiedenen thematischen Arbeitskreisen Schwächen und Stärken (Potenziale) der Stadt herausgearbeitet wurden. Nachdem eingangs des Berichtes die verschiedenen Arbeitsschritte chronologisch differenziert aufgezeigt werden, gehen im Ergebnisteil Analyse, Bewertung und Schlussfolgerungen bunt durcheinander. Vieles ist eifrigen LeserInnen des regelmäßig erscheinenden "Statistik-Reports" nicht neu (Schrumpfung und Überalterung der Bevölkerung, Abwanderung und Sterbeüberschuss, hohe Arbeitslosigkeit usw.), wenngleich einige Zusammen-

hänge pointiert herausgearbeitet wurden.

Wie schon bei der "Agenda 21" haben, neben Vertretern aus Politik und Verwaltung, Akteure aus verschiedensten Organisationen und Institutionen (Wirtschaft, Umwelt, Soziales etc.) viel Herzblut und Zeit daran gesetzt, Stärken und Schwächen ihrer Stadt zusammenzutragen und daraus zukunftsweisende Schlussfolgerungen zu ziehen.

Die Verfasserin dieses Artikels war damals beim "Agenda-21"-Prozess selbst beteiligt und kann nachvollziehen, wie frustrierend es insbesondere für Ehrenamtliche sein muss, wenn die Ergebnisse dieses Engagements spurlos in der Schublade verschwinden. Denn genau das passierte mit dem Agenda 21-Abschlussbericht: Zunächst schmorte die Druckvorlage monatelang irgendwo im Rathaus, bis sie dann, in vierstelliger Auflage gedruckt in Kartons verpackt, wieder auftauchte und recht zögerlich verteilt wurde. Bis heute hat man nicht den Eindruck, dass dieser Bericht unter den Kopfkissen der Ratsmitglieder liegt und querschnittsorientiert in alle ihre Entscheidungen einfließt.

Vor diesem Hintergrund kommen Zweifel auf, dass dem Stadtumbau-Endbericht ein besseres Schicksal winkt.

Die von den – insbesondere ehrenamtlich – Beteiligten außerhalb von Rat und Verwaltung geleistete Arbeit verdient Hochachtung; was daraus gemacht wird, liegt nicht in ihrer Hand. Die "Handlungsempfehlungen" verlieren sich in oft gehörten Allgemeinplätzen. Dazwischen gibt es nur wenige, ganz konkret formulierte Detailprojekte. Hier gewinnt man den Eindruck, dass vor allem der Arbeitskreis "Flächen, Strecken und Strukturen", zu dem auch die Umweltverbände gehörten, sehr fleißig war und klare Ziele vor Augen hatte. Was jedoch fehlt, ist eine Matrix, die sämtliche Ziele in Detailprojekte untergliedert und einen verbindlichen zeitlichen und organisatorischen Rahmen für die Umsetzung steckt.

Schubladen-Denken?

"Die Ergebnisse des Berichtes sind vom Rat der Stadt Wilhelmshaven und vom Bauausschuss zur Kenntnis genommen worden und sollen – soweit möglich und machbar – bei der zukünftigen Stadtentwicklung in den nächsten Jahren umgesetzt werden", fasst das Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung den Praxisbezug des Endberichtes zusammen. "Möglich" und "machbar" sind sehr ängstliche, dehnbare Begriffe, die manches Hintertürchen offen lassen. Kraftvolle, positiv besetzte Kriterien wie "sinnvoll" oder "erfolgsversprechend" wären eher am Platze, um den Bericht vor einem Schubladendasein zu bewahren. Es braucht schon langfristige, visionäre Denksätze, um Änderungen herbeizuführen, die derzeit angesichts des maroden Haushaltes nur mit großer Kraft "möglich" und "machbar" sind; wesentlich ist, dass sie sich mittel- bis langfristig rentieren.

"Ich würde mich freuen, wenn wir darüber in Kontakt blieben!", ermuntert Jobst-Henning Winde vom Planungsamt die Beteiligten. Dem schließen wir uns an: Die Mitwirkenden des Zukunftsdialogs sollten am Ball bleiben, ob, wann und wie die Früchte ihrer engagiert-kreativen Arbeit gemet werden. □

Günstiges Baugeld

Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE

Kahlschlag

Wird der Rat am 1. März Wilhelmshavens Kulturlandschaft völlig zerstören?

(noa) "Wissen sie, was sie tun?", fragt Norbert Czyz (sich selbst? – uns alle? – die bewussten "sie"?), in der "WZ" vom 9. Februar 2005 bezüglich der Kürzungsvorschläge, die der Kulturausschuss in seiner Sitzung vom 6. Februar beschlossen hatte. Und nicht nur die betroffenen Kultureinrichtungen, sondern auch BürgerInnen protestieren.

Folgende Einsparungen beschloss der Kulturausschuss zur Beschlussfassung durch den Rat der Stadt:

Der jährliche Zuschuss für die Kunsthalle soll um jährlich 100.000 Euro gekürzt werden. Gespart werden soll an der Leitung – die Kunsthalle soll mit externen Trägern kooperieren.

Die jährliche Zuwendung der Stadt an das Stadttheater soll um 60.000 Euro gekürzt werden; das entspricht einer Reduzierung um 10 %.

Die VHS, die bekanntlich in eine gGmbH umgewidmet werden soll, wird pro Jahr dann 130.000 Euro weniger erhalten.

Bezüglich der Stadtbücherei schlug die Verwaltung dem Kulturausschuss eine Kürzung um jährlich 200.000 Euro vor. Die Vertreter der Mehrheitsgruppe (SPD/Grüne) verdoppelten: 400.000 Euro soll die Bücherei weniger bekommen. Dieser Vorschlag wurde gegen die Stimmen der CDU angenommen; die CDU wird am 1. März in der Ratsitzung den Vorschlag der Verwaltung unterstützen.

Im Botanischen Garten sollen zwei von drei Gärtnerstellen entfallen, was jährlich 100.000 Euro einsparen würde.

Die Musikschule soll Kosten sparen durch Aufgabe des Einzelunterrichts.

Ein kulturelles Angebot kostet Geld und bringt nichts ein – so könnte man naiv sagen. Mag sein, dass die Stadtverwaltung und das eine oder andere Ratsmitglied so denken. Fast jeder, der über die im Raum stehenden Kürzungen spricht, bringt sie nun aber in einen Zusammenhang mit der Neubürgeragentur. Dr. Ursula Späth, Beisitzerin des Kunstvereins, mutmaßt in der "WZ" vom 09.02., Wilhelmshavens Kulturlandschaft solle zerstört werden für die Neubürgeragentur. Volkmar Tent gibt zu bedenken, dass "die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt zur Vielfalt ihres Kulturangebots ... deren Image bei dem gesuchten Neubürger nur schaden kann" (Leserbrief in der "WZ" vom 22.02.), und Hans-Jürgen Schmid weiß in seinem Kommentar in der "WZ" vom 18.02., dass Kultur "immerhin ein 'weicher' Faktor der Wirtschaftsförderung" ist. Und Sven Pieper schließt seinen köstlich

zynischen Leserbrief zum Thema mit der Überlegung: "Kultur nämlich ist Lebensqualität. Fehlt diese, dann gibt es leider kaum mehr einen Grund, gerade in Wilhelmshaven zu leben." ("WZ" vom 20.02.)

Einzig H.-J. Schmid gibt sich in seinem erwähnten Kommentar trotz der geplanten "notwendigen" Einschnitte optimistisch: "Denn eines haben die kommunalpolitischen Mangelverwalter über Jahrzehnte stets geschafft: Trotz aller Kürzungen ging für Bedeutung und Entwicklung der Stadt Wilhelmshaven Wesentliches bislang nicht verloren."

Beispiel Stadtbücherei

Wir beleuchten hier die Stadtbücherei exemplarisch – jeder kann sich dann selbst eine Meinung darüber bilden, ob Wesentliches erhalten blieb und erhalten bleiben wird.

Am 11. Januar veröffentlichte die "WZ" die Jahresbilanz der Bücherei. 2005 habe es 60.000 weniger Ausleihen gegeben, u.a. auf Grund des Wegfalls des Büchereibusses, hieß es da. Doch diese Einsparung war ja bei weitem nicht die erste.

Bereits in den vergangenen Jahren wurden im Zuge der Haushaltskonsolidierung Einsparungen bei der Stadtbücherei beschlossen und teilweise bereits umgesetzt. So entfielen durch Nicht-Wiederbesetzung frei werdender Stellen seit dem Jahr 1990 neuneinhalb (9,5!) Arbeitsplätze. Seit Anfang 2005 fanden und finden bei der Bücherei allgemeine Rationalisierungen durch Fremdleistungen statt. Zum Februar 2006 wurde eine Verwaltungsfachangestellte, die bisher Verwaltungs- und Sekretariatsaufgaben wahrnahm, in die allgemeine Verwaltung versetzt. Und die bisher eigenständige Musikbücherei wird ab Mitte 2006 nach dem altersbedingten Ausscheiden eines Bibliothekars, dessen Stelle nicht wiederbesetzt wird, als Abteilung der Erwachsenenbücherei weitergeführt.

Wo sind da überhaupt noch Einsparungen möglich, ohne das Angebot drastisch zu verschlechtern? Vor Jahren schon wurden die Öffnungszeiten reduziert, montags hat die Bücherei zu. Derzeit steht sie uns an 34 Stunden in der Woche zur Verfügung (diens-

tags bis freitags von 11 bis 18 Uhr, samstags von 11 bis 17 Uhr). Im Kulturausschuss (und übrigens auch in den Klausurtagungen der Ratsfraktionen) war die Rede von einer weiteren Kürzung der Öffnungszeiten. Vormittags soll die Bücherei geschlossen bleiben. Ein Großteil der NutzerInnen seien SchülerInnen, und die könnten ja erst am Nachmittag hin, wird das begründet. Tatsächlich sind von den angemeldeten insgesamt 8900 LeserInnen nur 3400 (also 38 %) Kinder und Jugendliche! (Das interessierte übrigens außer dem FDP-Vertreter offenbar kein Ausschussmitglied.)

Die Auslastungsstatistiken der Stadtbücherei belegen eine starke Nutzung der Einrichtung in der Zeit von 11 bis 14 Uhr, vorrangig durch Stellensuchende, die die Stellenangebote in der Zeitung lesen wollen, ältere Menschen, die lieber in Ruhe lesen wollen und deshalb kommen, wenn die SchülerInnen andere Pflichten haben, "Mittagspausenkunden", Schulklassen und Kindergartengruppen und Väter oder Mütter mit Kleinkindern.

Vergleiche mit Städten gleicher Größe zeigen, dass die bisherigen Öffnungszeiten dem Oberzentrum Wilhelmshaven schon nur knapp angemessen sind.

Es ist davon auszugehen, dass bei den vom Kulturausschuss vorgeschlagenen Änderungen der Öffnungszeiten ein großer Teil der jetzigen "KundInnen" der Bücherei von der Benutzung ganz ausgeschlossen würde. Und sinkende "Fallzahlen" (hier Ausleihzahlen), die von den Entscheidungsträgern sorgfältig beobachtet werden, lieferten dann bald einen weiteren Grund zu Kürzungen und irgendwann zur Schließung.

Außer der Reduzierung der Öffnungszeiten hat der Kulturausschuss sich noch mehr ausgedacht: Man könne doch ein Eintrittsgeld von denen verlangen, die nur zum Lesen (z.B. zum Zeitungslesen) kommen (... man habe da von einer Bibliothek gehört, die so verfare ...); eine Kooperation mit der Bücherei der Fachhochschule und/oder der Marinebibliothek sei denkbar (abgesehen von der nicht-städtischen Trägerschaft dieser beiden Einrichtungen würde sich die Frage nach dem "Wie" und für die beiden Büchereien die Frage nach dem "Warum" stellen. Übrigens wurde weder mit der einen noch der anderen Einrichtung darüber gesprochen...). Und dann gab es da noch die Idee, die Stadtbücherei in eine GmbH umzuwandeln. Diese Idee, mit der Kommunen gerne liebäugeln, um Kosten zu sparen, hat schon in Gütersloh und in Siegburg, wo man sie verwirklicht hat, nicht zu Einsparungen geführt. □

Moin, wir kümmern uns schon heute um die wichtigen politischen Dinge von Morgen und die steigenden Mitgliederzahlen der BASU geben uns Recht. Wir müssen schon heute anfangen unsere Stadt voranzubringen und nicht erst nach der Kommunalwahl. Ende März wählen wir unsere Kandidaten. Mitmachen lohnt sich oder lieben Sie gefilterte wohlportionierte Demokratie? Am 10. September 2006 ist BASU-Tag!

Kontakt: www.basu-whv.de | email: info@basu-whv.de

BASU

FREIE LISTE FÜR
WILHELMSHAVEN

BILDUNG | ARBEIT
SOZIALES UMWELT

WWW.BASU-WHV.DE

BUREPP3 655 - 688 | gprfik_hv_ferback

BASU TREFFEN: REGELMÄSSIG 2X IM MONAT, JEDEN 1. UND 3. MONTAG IM KREUZELWERK AB 19.00 UHR!

Schulpolitische Plaudereien

Was war in den letzten Wochen und Monaten in Niedersachsens und speziell Wilhelmshavens Schullandschaft los?

(noa) Die gute Nachricht vorweg: Wilhelmshaven hält schon wieder mal einen Spitzenplatz! Die Wilhelmshavener SchülerInnen sind die unfittesten im ganzen Land Niedersachsen, das seinerseits unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

„Nirgendwo in Niedersachsen sind die Kinder und Jugendlichen mit so geringer Fitness ausgestattet wie in Wilhelmshaven“, meldete die „WZ“ am 16. Februar. „Niederschmetternd“ findet sie das. „Eine Erklärung dafür sei die schlechte Infrastruktur im Sportangebot“, schreibt –HAR- weiter. Stimmt. IGS-SchülerInnen haben im laufenden Schuljahr keinen Sportunterricht. Wir schlagen darüber hinaus als weitere Erklärungen vor: Wilhelmshaven hat auch die dicksten Kinder, was mit schlechter Ernährung zu tun hat. Darüber weiß Kultusminister Busemann auch ein bisschen Bescheid. Er „sprach sich dafür aus, den Themen Ernährung, Bewegung und Gesundheit in der Schule eine größere Bedeutung beizumessen.“ Wir schlagen hierzu vor, dem Thema Armut eine größere Bedeutung beizumessen: Wilhelmshaven hat einen Spitzenplatz in der Privatschuldenstatistik, Kinderarmut ist hier ein Thema.

Aber „Wilhelmshaven ist auf einem guten Weg“, meint Bernd Busemann („WZ“ vom 21. Januar). Tags zuvor war er in Wilhelmshaven gewesen und „hatte Grund zum Feiern“ gehabt: „Zwei schulische Neubauten wurden eingeweiht.“ OB Menzel, geschmeichelt durch das Lob des Ministers, „betonte den hohen Stellenwert, den die Stadt der Bildung beimesse.“ Ob man ihn da beim Wort nehmen und die drohenden Kürzungen z.B. bei der Stadtbücherei (vgl. „Kahlschlag“ in dieser Ausgabe) abwenden kann?

Eins können wir uns aber von der Backe putzen: Hilfe vom Land wird es, so Busemann, keine geben. „Forderungen nach

mehr Sportunterricht an den Schulen erteilte er eine Absage.“ (16.02.06) und „...die prekäre Haushaltslage des Landes ... verbiete es auch, den schulischen Ganztagsbereich flächendeckend wie an der IGS Wilhelmshaven auszustatten“ (21.01.06) – dabei bekommt die IGS doch schon weniger Mittel vom Land als früher für ihren Ganztagsbetrieb!

Immerhin, am 16. Januar konnte die „WZ“ auf der Niedersachsen-Seite vermelden: „Ganztagschulen bekommen mehr Lehrerstunden“ – 400 weitere Lehrerstunden werde Bernd Busemann für die Ganztagschulen rausrücken. Das sind stolze 14 bis 15 Lehrkräfte für 130 Schulen, die sich in den letzten Monaten zum Ganztagsbetrieb entschlossen haben!

PISA war vernichtend für Niedersachsen, aber „Niedersachsen arbeitet sich vor“ („WZ“ vom 04.11. 05)! So schlimm sei es mittlerweile schon nicht mehr, man arbeite sich raus aus dem PISA-Keller. Schon am 15.07.05 hatte es geheißen: „Niedersachsen legt beim ‚Pisa-Test‘ zu. Niedersachsen sei ‚von Platz elf auf Platz neun geklettert‘. Und: „Nur wenige Niedersachsen bleiben sitzen“ (02.02.06). Unser Land hat nach Angaben des Statistischen Bundesamtes mit 2,1 % der SchülerInnen den zweitkleinsten Wiederholer-Anteil.

Also eigentlich ist doch alles toll, oder? Wie gemein, dass trotzdem alle an Busemann rummeckern! „Grüne werfen Kultusminister Versagen vor“ und „Schon nach drei Regierungsjahren ist er mit seinem Latein am Ende und auf einem Stolperkurs in die Misere“, lesen wir am 17. Februar auf der

Niedersachsen-Seite.

Am 22. Februar kommt es dann aber ganz dicke: Jetzt kritisiert schon ein Ausländer unsere Bildungspolitik. „UN-Inspektor Vernor Muñoz übt heftige Kritik...: Es werde unter anderem zu wenig für die Integration von Migranten-Kindern ... und Kindern aus armen Familien“ getan. Was geht die UN unser Schulwesen an! Wirklich! „Die Vereinten Nationen wollen prüfen, ob die Abschaffung der Lernmittelfreiheit durch die CDU/FDP-Landesregierung gegen das Menschenrecht auf Bildung verstößt.“ („WZ“ vom 17. Februar) Und dann redet Muñoz auch noch den ewig mäkelnden Linken, die so Schreckliches wollen wie eine Vermischung aller Schüler, egal, ob arm oder reich, das Wort: „Der UN-Sonderberichtersteller kritisierte die in Deutschland übliche ‚sehr frühe‘ Verteilung von zehnjährigen Kindern auf Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien, wodurch herkunftsbedingte Nachteile noch vertieft würden... Der PISA-Test hatte gezeigt, dass in keinem anderen Industriestaat die Abhängigkeit von Bildungserfolg und sozialer Herkunft“ (gemeint ist wohl eher die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft) „noch so groß ist wie in Deutschland“. (22.02.06)

Vernor Muñoz kommt aus Costa Rica. Das ist doch so eine Bananenrepublik... Soll man solche Leute überhaupt über das deutsche und speziell das niedersächsische Schulwesen zu Wort kommen lassen? Da gibt es doch weit berufenere Leute für, z.B. den Chefredakteur der „Wilhelmshavener Zeitung“, Klaas Hartmann. Der zeigt's ihm aber in seinem Kommentar auf der nächsten Seite! „Was Muñoz allerdings in seinem Lamento unterschlägt, ist die Tatsache, dass Deutschland schon mit Schulformen experimentiert hat, die die frühzeitige Aufteilung um zwei Jahre (!) hinausgezögert haben. Einer dieser Versuche hieß Orientierungsstufe und scheiterte grandios.“ Man sollte halt lieber Experten fragen! □

leserbrief

Brauchen wir noch Kultur und Bildung?

Liest man die Wilhelmshavener Zeitung vom 08. und 09. Februar, könnte man glauben, Wilhelmshaven gehört nicht zu Deutschland!

Wie wohl mittlerweile jeder in Deutschland weiß, gab die Pisa-Studie Deutschland nicht gerade gute Noten!

Oder liegt das daran, dass Wilhelmshaven hinter vorgehaltener Hand das „Altersheim Deutschlands“ genannt wird?

Die „ältere Generation“ braucht wohl keine Kunsthalle, weder Volkshochschule noch Schule; sie brauchen auch keine gut mit Personal und Medien ausgestattete Stadtbücherei und andere Kultureinrichtungen.

Und die jüngere Generation? Alle in drei oder vier Schulen? Oder welche Ziele werden verfolgt? Mir stellt sich mittlerweile die Frage, was wohl nach der diesjährigen Kommunalwahl passiert? Bevor ich zur Wahl gehe, möchte ich von jedem Politiker, der sich aufstellen lässt, gern schriftlich ha-

ben, wie er zu dieser „Vorschlagliste“ (WZ, 08.02.06) steht.

Im Wesentlichen lasse ich mich bei meiner Stimmabgabe von den Antworten der Kandidaten beeinflussen. Nach der Wahl werde ich dann sehen, wer Wort hält und wer nicht!

Darüber hinaus fühle ich mich als gebürtiger Wilhelmshavener noch dazu aufgerufen, meinen Verwandten- und Bekanntenkreis davon zu unterrichten, was mir die einzelnen Kandidaten vor der Kommunalwahl beschrieben bzw. schriftlich versprochen haben.

Ich will es nicht länger hinnehmen, dass meine Heimatstadt „kaputt gespart“ wird! Das passiert doch z.Zt. sehr massiv mit der Stadtbücherei! War es noch nicht genug, dass der Bücherbus weggefallen ist? Ist noch nicht genug gespart worden mit den bisher weggefallenen vielen Arbeitsplätzen bei der Stadtbücherei?

Wie viele Ratsvertreter haben die Stadtbücherei eigentlich schon genutzt? Dann wüssten sie vielleicht aus der Praxis, was diese Kultureinrichtung leistet!

Als ehrenamtlich tätiger Bürger dieser Stadt weiß ich, dass viele junge Menschen, mit denen ich Kontakt gehabt habe und noch habe, die Stadtbücherei oft benötig-

ten oder benötigen, um Bildungsdefizite auszugleichen und damit beruflich oder schulisch weiterzukommen.

Das Gleiche gilt auch für die Volkshochschule und andere Kultureinrichtungen.

Wenn ich dann lese von „Drittmittel“, „externen Trägern“ und von „... eingespart werden“, dann glaube ich den Politikern nichts mehr!

Das heißt doch nur, dass die „Drittmittel“-Geber und „externen Träger“ die Kultureinrichtungen von sich weitgehend abhängig machen!

Ich habe die Vermutung, dass einige Kultureinrichtungen nach der Kommunalwahl „gegen die Wand“ gefahren werden. Bürger mit geringerem Einkommen oder mehreren Kindern könne es sich schon jetzt oft nicht mehr leisten, kulturelle Einrichtungen zu besuchen, weil auch Lebensmittel und Kleidung immer teurer werden, die Einkommen jedoch steigen nicht!

Wie sollen sich Menschen in unserer Stadt besser qualifizieren, wenn Weiterbildungsmöglichkeiten entweder nicht mehr vorhanden, zu teuer oder zu wenig geöffnet sind?

Karl-Heinz Niehuis

Bittersüßer Kelch

Flüssigerdgas-Terminal: dritter Anlauf – Baubeginn Anfang nächsten Jahres?

(jm) Wieder mal wird der Bau eines Flüssigerdgas-Terminals in Wilhelmshaven ins Gespräch gebracht. Die größten Gasvorkommen liegen im politischen Spannungsbogen zwischen Algerien und Iran. Dessen ist sich E.on-Chef Wulf Bernotat auch bewusst. Trotzdem erwägt er laut Spiegel Nr. 2/2006, eine solche Anlage bis 2010 in Wilhelmshaven errichten zu lassen. Seines Erachtens wird Flüssigerdgas bzw. Liquefied Natural Gas (LNG) eine wichtige Ergänzung zu Pipeline-Gas werden.

Das dafür erforderliche Gelände wird der Deutschen Flüssiggas Terminal Gesellschaft (DFTG) - bei der die e.on-Tochter Ruhrgas AG Mehrheitsgesellschafterin ist - seit gut 32 Jahren durch einen Vorvertrag mit der Landesregierung vorgehalten. Zwei Jahre später wurde dann der Ansiedlungsvertrag abgeschlossen. Im Vorfeld des Abschlusses, den auch die Stadt Wilhelmshaven mit unterzeichnete, hatte der damalige Oberstadtdirektor Dr. Gerhard Eickmeyer dem Rat der Stadt eine Kosten-Nutzen-Rechnung vorgelegt:

Er rechnete damals im Rahmen der Bautätigkeiten mit einem Gewerbesteueraufkommen von 2,2 Mio. DM für die Stadt. Für den anschließenden Terminal-Betrieb kam er auf 3,3 Mio. DM jährlich. Zudem sei mit einer noch nicht bezifferbaren Grundsteuerhöhe und einer rund 14%igen Beteiligung an der Lohnsteuer bei 140 Arbeitskräften zu rechnen.

Vorbescheid erteilt - Baubeginn verjagt

Nach Abschluss des Immissionsschutzverfahrens hatte die DFTG am 16.07.1979 den Genehmigungsvorbescheid erteilt bekommen. Darin war vorgesehen, bis zum 01.01.1982 mit dem Bau zu beginnen. Bereits

am 03.07.1979 war ihr der Bau einer Umschlagbrücke an der Jade genehmigt worden. Doch der Firma passten die Genehmigungen der erforderlichen Bauanträge offenbar nicht mehr in die planerische Konzeption:

Sie öffnete ihre juristische Trickkiste, stellte Anträge auf Fristverlängerungen und Änderungen. Dadur ch gelang es ihr, die zeitlich befristete Erteilung von Baugenehmigungen auf unabsehbare Zeit zu vertagen.

Dahinter steckten geplatze Verhandlungen mit dem algerischen Gaslieferland, die durch Pipelinegas aus Norwegen, Dänemark und der Sowjetunion ersetzt werden sollten.

Damit verstießen die damaligen Vertragspartner Ruhrgas und Gelsenberg AG gegen die Bestimmung im Ansiedlungsvertrag, worin sie sich verpflichteten, die erste Teilmenge LNG bis zum 01.01.1985 in Wilhelmshaven anzulanden. Bis zum 30.06.1987 sollte laut Vertrag die Gesamtumschlagkapazität von ca. 8,7 - 10,5 Millionen m³ LNG bzw. 5 - 6 Milliarden m³ Erdgas der 1. Baustufe erreicht werden. Doch schon bald musste Dr. Eickmeyer bekennen, dass die DFTG ihre Planung mittelfristig nicht verwirklichen würde. An die Öffentlichkeit gewandt, stellte er die Frage in den Raum, „...welche Regressmöglichkeiten bestehen, wenn die Pläne in der

der Hooksier Schleuse an einem Brachgelände vorbei, auf dem die Deutsche Flüssiggas terminalgesellschaft (DFTG) seit Jahrzehnten den Bau einer Flüssiggasanlage verschiebt (siehe obenstehenden Artikel).

SPIEGEL-Gespräch mit dem e.on-Chef Wulf Bernotat:

SPIEGEL: Gibt es keine Alternativen zum russischen Gas? Einige europäische Nachbarn setzen auf sogenanntes LNG, also verflüssigtes Erdgas.

Bernotat: Das tun wir auch. **Wir bauen gerade in Wilhelmshaven einen Terminal, um uns in diesem Markt zu positionieren. Aber sehen Sie sich doch mal an, woher dieses Gas kommt. Die größten Vorkommen gibt es in Iran, gefolgt von Katar und einigen nordafrikanischen Staaten. Diese Regionen zählen auch nicht zu den politisch stabilsten Ländern der Welt. Trotzdem müssen wir dieses Geschäft anpacken, weil LNG eine wichtige Ergänzung zu Pipeline-Gas werden wird.**

SPIEGEL: Kommt diese Erkenntnis nicht ein wenig spät? Länder wie Frankreich, Spanien oder die USA setzen schon lange auf verflüssigtes Gas.

Bernotat: Die hatten bisher auch keine Alternative, weil sie nicht so gut wie wir über Pipelines versorgt werden. Im Vergleich zu unserem Pipeline-Gas war LNG in der Vergangenheit einfach zu teuer. Das hat sich

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak

Legasthenietherapie

Lesen-/Rechtschreibtraining

Diagnose und Beratung

Auskunft und Anmeldung

04421 - 99 64 70

Schublade bleiben und kommunale Erwartungen nicht erfüllt werden. (WZ, 27.07.1982)

Nach 11 Jahren Zeitschinderei musste dann offenbar ganz schnell die Baugenehmigung für den Terminal her.

Nun ist es – wenn bei den Behörden mal was hakt – in Wirtschaftskreisen nicht ganz unüblich, traute Meinungsfabrikanten mit einer Schrotlandung polarisierender Halbheiten zu munitionieren, die damit gerne für werbeträchtige Stimmungsmache sorgen...

„Bezirksregierung blockiert Chance für Millionen-Investition in Wilhelmshaven“, schlagzeilt die WZ am 20.10.1990. Aus ungenannter Quelle hatte diese Zeitung gesteckt bekommen, dass zwischen den Muttergesellschaften der DFTG und Nigeria *„...zur Zeit intensive Verhandlungen über den Einkauf von Erdgas laufen.“* Für eine Kostenkalkulation bräuchten die deutschen Verhandlungsführer dringend den Genehmigungsbescheid für die Errichtung des Terminals. Und der würde von der Bezirksregierung Weser-Ems seit Monaten zurückgehalten. Da könne in einem Gas-Rennen Zeebrügge der la-

inzwischen geändert, und deshalb arbeiten wir mit Nachdruck daran, den Versorgungsweg auszubauen.

(aus SPIEGEL 2/2006)

Wie gesagt: Auf dem Gelände findet sich nichts – da wird (noch) nicht gebaut. Eine verzeihbare Zwecklüge, schließlich plant man ja schon seit Jahrzehnten ...

Unverzeihlich dagegen die folgende Aussage der CDU-Friesland:

Am Rande des Gesprächs wurde bekannt, dass der Gasversorger E.ON derzeit die Möglichkeiten prüfe, die Anlandung von Erdgas aus Tankern in Wilhelmshaven zu erweitern. Derzeit werden auf einer Fläche von 85 Hektar direkt neben dem Ineos-Gelände drei Gastanks von der DFTG (Deutsche Flüssiggas Terminal Gesellschaft), einer Tochter der E.ON, betrieben. Geprüft werde, ob die vorhandenen Kapazitäten erweitert werden könnten.

Diese Aussage stammt vom August 2005 und ist auf der Homepage des Bundestagsabgeordneten Hans-Werner Kammer zu finden.

Da will die CDU eine Anlage erweitern, die bisher nur als Blaupause existiert. Man weiß sogar ganz konkret von 3 bereits betriebenen Gastanks zu berichten. **Nur peinlich!!**

Hannes Klöpffer

Träume und Zwecklügen

Zum Titelbild

Als Russland der Ukraine den Gashahn abdrehte, weil diese nicht den geforderten Preis bezahlen wollte, sank auch der Druck in der Pipeline, die die Bundesrepublik mit russischem Gas versorgt. Und schon war das Thema Flüssiggas terminal wieder in aller Munde. Unüberlegt, uninformiert und mit Sicherheit zum Teil wahrheitswidrig wurde über die Medien Politik gemacht.

In der linken Monatszeitschrift "konkret" stochert ein Stefan Frank weit an der Realität vorbei: (...) *Anschließend wird es mit speziellen Schiffen (für die wiederum spezielle Tiefwasserhäfen gebaut werden müssen, wie z.B. der seit Jahrzehnten geplante, aber bislang nicht gebaute Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven) in das Verbraucherland transportiert und regasifiziert.*

Außer der Aussage, das der JadeWeserPort noch nicht gebaut ist, stimmt an dieser Aussage kein Wort.

Wenn man die Straße "Am tiefen Fahrwasser" in Richtung Hooksiel fährt, kommt man kurz hinter den Ineos-Ethylentanks und kurz vor

chende Sieger sein - usw. usf.

In einem am 30.10.1990 abgedruckten Leserbrief verwarft sich die derart angeschossene Bezirksregierung gegen diesen Vorwurf sowie weitere diskreditierende WZ-Kolportagen:

Die DFTG verhandele seit Oktober 1989 mit der Behörde über die Notwendigkeit der im Genehmigungsbescheid vorgesehenen Auflagen, *"...will also deren Abschwächung erreichen. Hätte sie ein Interesse an der schnellen Genehmigung der Anlage gehabt, könnte sie den Bescheid der Bezirksregierung jetzt in den Händen halten - allerdings mit den von der Bezirksregierung vorgesehenen Auflagen."*

Baugenehmigung mit Restrisiko

15 Monate später, am 08.02.1992, meldete die WZ *"Genehmigung in Sicht - Aber: Noch kein LNG-Liefervertrag"*.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1992 wurden dann die Baugenehmigungen erteilt, nachdem die DFTG ihre Änderungswünsche von der im Vorbescheid festgelegten Konzeption zurückgezogen hatte. Aus der Baugenehmigung geht übrigens hervor, dass die Auslegung des Terminals erheblich kleiner ausfallen wird, als im Vorbescheid festgelegt war:

"Der Umfang des mit den Teilerrichtungsanträgen definierten Vorhabens ist somit hinsichtlich der charakteristischen Größen des LNG-Terminals (Lagerkapazität und Durchsatzleistung) gegenüber dem Vorbescheidkonzept auf die Hälfte reduziert." (Teilerrichtungsgenehmigung Nr. 1 vom 30.06.1992). Im Wesentlichen bedeutet dies, dass die DFTG, statt mit ursprünglich sechs LNG-Tanks, mit nur noch dreien auskommen will.

Gebaut wurde aber trotzdem nicht! Knapp vier Jahre später konnte die WZ den Grund nennen: *Flüssigerdgas wegen Preisgestaltung zur Zeit 'nicht marktfähig'*.

Jetzt - schon fast 14 Jahre nach der Baugenehmigung, die durch laufende Verlängerungen der auf drei Jahre befristeten Baugenehmigung überbrückt wurden - soll eine

Machbarkeitsstudie darüber Aufschluss geben, ob der Terminal nun doch errichtet wird. Und falls in diesem Sommer positiv entschieden wird, könne schon Anfang nächsten Jahres mit dem Bau begonnen werden. Inzwischen sind die Baukostenschätzungen auf 500 MIO Euro gestiegen und die Zahl der angekündigten Arbeitsplätze auf *"...bis zu 100..."* - also mit nach unten offener Skala - geschrumpft.

Immerhin: Aus der verringerten Lagerkapazität ergibt sich eine Verminderung des Katastrophenpotenzials an der Jade. Denn allein aus einem der LNG-Tanks können bei Leckage z.B. durch Terrorakte bis zu 80.000 m³ Flüssigerdgas auslaufen, die dann zu einer Gaswolke von 575-fachem Volumen, d.h., zu 46 Mio. (46.000.000) m³ Erdgas verdampfen. Zunächst geht das auf -161 Grad C herunter gekühlte Flüssiggas nach dem Tankaustritt in einen tiefkalten Bodennebel über, der sich flächenhaft ausbreitet und explosive Gemische mit der Luft bildet. Wenn das Gas sich auf die Umgebungstemperatur erwärmt hat, wird es leichter als Luft und steigt nunmehr unsichtbar auf. Ob eine Gaswolke bei der richtigen Vermischung mit der Luft durch eine Zündquelle detonieren und somit kilometerweite schadensträchtige Druckwellen erzeugen kann oder "nur" ein Flammeninferno mit mäßig Druck erzeugender Verbrennungswelle auslöst, das ist nicht zweifelsfrei geklärt.

Nicht vergessen sollte man dabei aber, dass dem Erdgas je nach Herkunft mehr oder weniger Ethan-, Propan- und Butananteile mit hochexplosiven Eigenschaften beigemischt sein können. Der Anteil von Ethan z.B. soll im Algeriengas gering, im Nordsee-gas jedoch verhältnismäßig hoch sein. Konsens ist, dass bei Verdämmungen (z.B. durch benachbarte Industrieanlagen bzw. Siedlungen) die Möglichkeit von Explosionen wahrscheinlicher wird.

Im Jahr 2010 soll neben dem Flüssiggasterminal wunschgemäß auch der JadeWeserPort betriebsfertig sein. Bei Halbierung der Durchsatzleistung des Terminals werden zwar weniger Tanker mit bis zu 125.000 m³ Flüssiggas im Bauch die Jade befahren. Es dürfte aber eng für ein flüssiges Verkehrsmanagement auf der Jade werden, wenn zu den Supertankern, Massengutfrachtern, Chemikaliertankern, Stückgut- und Marineschiffen sowie den LNG-Tankern auch noch Mega-Containerjumbos hinzukommen.

So wird in dem Bericht "Transport gefährlicher Güter zu den geplanten DFTG-/ICI-Umschlagbrücken" der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest (Stand 13.10.1978/Entwurf) u.a. gefordert, *"...von einem einlaufenden Gastanker ab 40.000 m³ haben nachfolgende Schiffe mit einem Tiefgang von 13,50 m oder einer Länge von 300 m einen Abstand von 10 sm (18,5 km, der Verf.) einzuhalten."*

Was kann man noch tun?

Wenn auch die zuständigen Behörden in ihren durch Gutachten abgesicherten Genehmigungen versichern, dass alle denkbaren Sicherheitsmaßnahmen zur Verhinderung einer Katastrophe getroffen werden - grundsätzlich ausschließen kann man sie nicht.

◆ Aus prophylaktischem Selbsterhaltungsinteresse sollten die Bürgerinnen und Bürger den zuständigen Behörden abverlangen,

dass die Anlage nur unter Berücksichtigung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und nach dem aktuellen Stand der Technik errichtet und betrieben wird. Wie gesagt: Die Baugenehmigungen sind schon fast 14 Jahre alt und basieren auf einem Vorbescheid aus dem Jahre 1979!

◆ Ein besonderes Risikopotenzial birgt eine Schiffskollision unter Beteiligung eines LNG-Tankers. In Folge des - bei Betrieb des JadeWeserPorts - gesteigerten Schiffsverkehrs rückt diese Wahrscheinlichkeit auf der Jade näher. Ein Verkehrsmanagement mit Begegnungs- und Überholverbieten sowie Passierverbieten beim An- und Ablegen der LNG-Tanker kann dieses Kollisionsrisiko auf der Jade neutralisieren.

◆ Auch sollte man sich danach erkundigen, ob die DFTG sich ausreichend gegen Katastrophenschäden versichert hat. Ihr Stammkapital von 250.000- DM (lt. Angabe im Ansiedlungsvertrag von 1976) jedenfalls dürfte für die Abdeckung der Schäden nach dem "Größten Anzunehmenden Unfall" (GAU) nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein sein. Das so genannte Restrisiko für unsere nicht wieder herstellbare körperliche und psychische Unversehrtheit ist allerdings ein Teil des Preises, den die meisten für unsere temporären - aus der großindustriellen Naturausbeutung resultierenden - Annehmlichkeiten zu zahlen bereit sind.

◆ Eigentlich müsste die Stadt auch mal ermitteln, was die Bürger für diesen Preis erhalten: z.B., wie viele Wilhelmshavener und Friesländer nun tatsächlich eine Anstellung im Terminal finden würden und wie hoch sich das der Stadt zugute kommende Steueraufkommen nach derzeitigem Stand belaufen würde!?

◆ Auch ein Teilpunkt aus der Baugenehmigung sollte noch mal auf die Tagesordnung gesetzt werden, nämlich der Teil, der es der DFTG erlaubt, das bei der Verdampfung des -161 Grad C kalten Flüssiggases um 7 Grad C abgekühlte Wasser zurück in die Jade zu pumpen. Das wäre wahrscheinlich nicht gut für die Meeresorganismen und auch der Hooksieder Badesaison abträglich...

Darüber scheint man bei der DFTG aus ökonomischer Perspektive nachzudenken, wie aus einem WZ-Bericht vom 11.02.06 hervorgeht. Danach bemerkte der derzeitige DFTG-Geschäftsführer Eberhard Lange auf einem Vortrag vor Mitgliedern der hiesigen Hafenwirtschaftsvereinigung, dass *"...auch mögliche synergetische Effekte - etwa die Nutzung der Kraftwerks-Abwärme bei der Rückversetzung des verflüssigten Erdgases in den gasförmigen Zustand..."* geprüft werden. Man sollte diese Erwägung unterstützen.

In der Vergangenheit wurde schon mehrmals der Vorschlag gemacht, das erwärmte Kühlwasser des Kraftwerks für die Verdampfung des Flüssiggases zu nutzen und das dabei erkaltete Wasser zum Kraftwerk zwecks Abkühlung des Prozessabdampfes zurückzupumpen. Damit wäre das Kraftwerk seine durch den eventuellen Bau des JadeWeserPorts verschärften Kühlwasserprobleme los. Zugute käme das dem Jade-Biotop, und die erwartungsfrohen Hooksieder Badegäste dürften bei strahlendem Hochsommerwetter seltener beim Wassertest mit dem großen Zeh zurückzucken und leicht geschockt nach Luft schnappen... □

Reparaturen
aller Fabrikate
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

Ersparnisse

Zur Schuldnerberatung zu gehen lohnt sich!

(noa) Dass Wilhelmshaven einen Spitzenplatz in puncto Überschuldung von Privathaushalten und bezüglich Privatinsolvenzen hat, ist wohl hinreichend bekannt. Insofern brachte die ALI-Versammlung am 14. Februar, zu der Almuth Thomsen, die Schuldnerberaterin des Landkreises Friesland, eingeladen war, keine neuen Erkenntnisse.



Frau Thomsen berichtete aber dennoch eine Menge interessanter Fakten. Z.B. dazu, wie Menschen, die bei Schuldnerberatungsstellen Rat und Hilfe suchen, in ihre missliche Lage gekommen sind. Entgegen einem weit verbreiteten Vorurteil steht da der Leichtsinn, mehr zu kaufen, als man sich leisten kann, nicht ganz oben auf der Liste. Den ersten Platz bei den Auslösern von Überschuldung teilen sich zwei Faktoren, die oft in Zusammenhang zueinander stehen, nämlich Arbeitslosigkeit und Trennung/Scheidung mit je 23 % aller Fälle. Überhöhter Konsum folgt allerdings gleich auf Platz 2 mit 21 %. Und eine gescheiterte Selbstständigkeit ist in 20 % der Fälle der Grund dafür, dass jemand mit seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr zurechtkommt. Hier kam natürlich aus der Zuhörerschaft (schätzungsweise alle erbitterte Gegner der Hartz-Gesetze) sofort die Frage, welchen Anteil hieran Ich-AGs haben, doch das konnte die Referentin leider nicht beantworten. Weitere häufige Gründe dafür, dass Menschen in die Schuldenfalle geraten, sind Krankheit, Unfall oder Tod eines Angehörigen mit 13 % und dauerhaftes Niedrigeinkommen mit 8 %. Der Rest verteilt sich auf sonstige Umstände (Sucht, Bürgschaften usw.).

Diese Verteilung der Ursachen wird sich sicherlich im Lauf der Zeit etwas verschieben. Wenn Frau Thomsen z.B. berichtet, dass ältere Menschen ihre Schulden eher bei Banken und junge eher bei Mobilfunkunternehmen haben, kann man sich leicht ausrechnen, dass der Faktor "überhöhter Konsum" (in Form von "zuviel Telefonieren/SMSen") auf dem Vormarsch ist. Gegenwärtig ist etwa jeder zehnte Jugendliche bei Telefonunternehmen verschuldet – Schulden, die diese Kids 30 Jahre lang nicht loswerden, wenn sie sie nicht bezahlen (können).

Aber zurück zum Thema Arbeitslosigkeit und dauerhaftes Niedrigeinkommen: Mitbetroffen davon sind häufig auch Kinder. Und was die Zahl der Kinder angeht, die in Armut aufwachsen müssen, steht Wilhelmshaven bundesweit auf Platz 3, nur noch übertroffen

von Delmenhorst und Pirmasens. Die Kreise Friesland und Wittmund liegen mit den Plätzen 25 bzw. 30 zwar weit hinter Wilhelmshaven, aber gemessen an der gesamten Liste immer noch erschreckend hoch. Es ist eine arme Gegend hier.

Das macht sich auch bemerkbar in der Arbeitsbelastung der Schuldnerberaterin. Seit 1995 hatte sie mindestens 200 Fälle pro Jahr zu bearbeiten, und wenn sie mehr Zeit hätte, wären es auch mehr. Zeitweise musste sie Ratsuchende auch schon auf eine Warteliste setzen. Zurzeit hat sie eine 1 Euro-Kraft zur Unterstützung; ohne diese gäbe es auch jetzt Wartezeiten. Wenn die Überschuldung weiterhin so zunimmt wie bisher, wird sie einen Kollegen oder eine Kollegin brauchen: Dem Schuldenreport 2006 zufolge ist derzeit jeder 12. Haushalt in Deutschland nicht mehr fähig, seine Verpflichtungen einzuhalten – in den letzten 13 Jahren hat sich die Anzahl überschuldeter Haushalte auf 3,1 Millionen mehr als verdoppelt.

Während die Zahl ver- und überschuldeter Menschen zunimmt, wächst auch die Anzahl der Inkassobüros (Schuldeneintreiber), und wenn die eingeschaltet werden, wächst eine einzelne Schuld schnell in unermessliche Höhen. Frau Thomsen erzählte von einigen Fällen, die sie im Lauf der Jahre bearbeitet hat, und diese Fälle zeigen zweierlei ganz deutlich auf: Wenn man offene Rechnungen liegen hat, muss man schnell etwas tun. Und: Es lohnt sich, zur Schuldnerberatung zu gehen.

Was kann die Schuldnerberatung für ihre "KundInnen" tun? In vielen Fällen bekommt Frau Thomsen einen Stapel Papiere mitgebracht, der auch ungeöffnete Briefumschläge umfasst. Der erste Schritt der Beratung besteht darin, sich erst einmal einen Überblick über die Schulden einerseits und die finanziellen Möglichkeiten der Hilfe suchenden Person andererseits zu verschaffen. Wenn eine Bank zur Tilgung eines Kredits höhere Raten fordert, als der Schuldner realistisch bezahlen kann, muss die Höhe der Raten gesenkt werden, und das erreicht eine öffentliche Stelle erfahrungsgemäß oft leichter als der Schuldner allein. Ein Brief der Schuldnerberatung wirkt auch besser, wenn ein Gläubiger eine hohe Summe



auf einmal fordert, der Schuldner aber nur "abstottern" kann. In beiden Fällen ist es ratlos, diese Hilfe auch in Anspruch zu nehmen, weil sonst die Schuldensumme sich durch Zinsen und die Kosten der Inkassobüros ohne irgendwelches Zutun des Schuldners leicht verdoppeln oder noch stärker erhöhen können, wie ein Fall aus der Praxis zeigte: Ein Kredit über 30.000 DM, von einem Ehepaar mit zwei Kindern aufgenommen, für den auch ein befreundetes Ehepaar bürgte, summierte sich im Lauf der Jahre auf über 300.000 DM und wäre wohl auch noch weiter gestiegen, wenn Frau Thomsen nicht geholfen hätte. Die Leute kamen zur Beratung, als sie schon rund 100.000 DM gezahlt hatten und sich darüber klar geworden waren, dass sie ihre Schulden nie loswerden konnten, da diese schneller stiegen, als sie zahlen konnten. Am Ende erreichte Frau Thomsen einen Vergleich mit dem Gläubiger, der sich mit den 100.000 DM zufrieden gab, und beide Ehepaare (die zu diesem Zeitpunkt übrigens nicht mehr befreundet waren!), waren schuldenfrei. Hier von "200.000 DM Ersparnis" zu sprechen, klingt schon etwas seltsam. Weniger befremdlich war die Bezeichnung "Ersparnis" im Fall einer Forderung von weit über 300 DM für eine Schuld von ursprünglich 19,80 DM. Der Gläubiger hatte einen Schuldeneintreiber eingeschaltet, jedoch erst nach Verjährung seiner Rechnung, so dass gar nichts gezahlt werden musste.

Wenn die Gegenüberstellung von Schulden und Einkünften ergibt, dass keine Aussicht besteht, je schuldenfrei zu werden, ist ein Insolvenzverfahren sinnvoll. Seit 1999 besteht diese Möglichkeit, und sie ist die sicherste Methode, sich zu entsulden. In einem Insolvenzverfahren wird eine Pfändungsgrenze festgestellt und damit die Summe ermittelt, die dem Schuldner auf jeden Fall bleibt. Was er darüber hinaus verdient oder sonst wie einnimmt, zahlt er zur Tilgung seiner Schulden. Nach sechs Jahren des "Wohlverhaltens" ist aber Schluss, egal, wie viel den Gläubigern dann noch fehlt. Damit man danach endlich anfangen kann, unbelastet zu leben, muss man sich jedoch selbst vergewissern, dass eventuelle Schufaeinträge gelöscht werden – eigentlich müssten das die Gläubiger veranlassen, doch darauf kann man sich nicht verlassen. □

Jonathan



Naturkost

Ab in die Kiste!

Praktisch, gesund und lecker: Die Abo-Kiste -
Obst und Gemüse jeden Mittwoch
direkt an die Haustür

Wilhelmshaven ● Marktstr. 94 ● Tel. + Fax: 04421/13438

Klassenkampf

Die Beschäftigten der Stadtverwaltung kämpfen für ihre Rechte

(hk) Ein mit ‚Eberhart Menzel, Wilhelmshaven‘ unterzeichneter Leserbrief in der Bild-Zeitung sorgte zu Beginn der Streiks im Öffentlichen Dienst für gehörige Aufregung. Es stellte sich heraus, dass der Leserbrief von einem Wilhelmshavener Bürger an die Bild-Zeitung geschickt wurde und diese den Brief ohne Überprüfung abdruckte. Der dadurch angerichtete Schaden hielt sich auch für den unter Verdacht geratenen Oberbürgermeister in Grenzen – schließlich konnte sich niemand vorstellen, dass das ver.di-Mitglied Menzel einen solchen Brief verfassen würde.

In der konkreten Auseinandersetzung vor Ort lässt unser Oberbürgermeister aber schon gehörig den Chef raushängen, wie der nachfolgend dokumentierte Streit belegt.

1. Der Aufruf - ver.di an Beschäftigte

Nach uns bekannt gewordenen und bestätigten Beschlüssen aus den diesjährigen Klausurberatungen der beiden großen „Volks“-Parteien soll die Gangart gegenüber dem städtischen Personal massiv verschärft werden.

Geplant ist folgendes: Gehaltskürzungen, Zwangsumsetzungen, Privatisierungen und betriebsbedingte Kündigungen

Ver.di und die Personalvertretungen der Stadt werden sich gegen diese unsozialen, unwirtschaftlichen und unstrukturierten Vorschläge mit allen Mitteln zur Wehr setzen und keinesfalls auf bestehende Rechte verzichten!

Kolleginnen und Kollegen, es geht um eine vollkommen neue Qualität des Arbeitsplatzabbaus, da nunmehr auch Kündigungen nicht mehr ausgeschlossen werden sollen.

Im Zusammenhang mit der derzeitigen Tarifaufeinandersetzung ruft ver.di alle Beschäftigten der Stadt Wilhelmshaven zu einem Streik und einer Kundgebung am Donnerstag, den 16.02.2006 auf.

2. Die Antwort – Der Oberbürgermeister an die Beschäftigten

Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, (...) heute habe ich von einem Schreiben der Gewerkschaft ver.di vom 07.02.2006 Kenntnis erhalten. Darin werden Sie alle aufgerufen, an einem Streik und einer Kundgebung am 16.02.2006 teilzunehmen. Die von der Gewerkschaft aufgeführten Gründe sind jedoch nur Unmutsäußerungen gegen Parteibeschlüsse und können deshalb nicht Gegenstand von Arbeitskämpfmaßnahmen sein.

Der Streikaufruf richtet sich gegen Beschlüsse von Parteien und ist deshalb unzulässig, weil er kein tarifvertragliches Ziel beinhaltet. Ein Streik wäre somit nach der Rechtsprechung des BAG rechtswidrig.

Die Teilnahme an rechtswidrigen Arbeitskämpfmaßnahmen während der Arbeitszeit werde ich nicht ungeahndet hinnehmen, da sie ein Verstoß gegen die Friedenspflicht und außerdem eine arbeitsvertragliche Pflichtverletzung darstellt.

Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass

- diese Pflichtverletzung Grund für eine Abmahnung sein kann
- darüber hinaus die Teilnahme an einem rechtswidrigen Streik zu einer fristlosen oder fristgerechten Kündigung berechtigen kann
- Beschäftigte, die an rechtswidrigen

Streikmaßnahmen teilnehmen, zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet sind.

In Ihrem eigenen Interesse fordere ich Sie daher auf, die Teilnahme an rechtswidrigen Arbeitskämpfmaßnahmen zu unterlassen.

3. Die Reaktion – ver.di an Beschäftigte

Liegen bei Oberbürgermeister die Nerven blank...?

Arbeitskämpfmaßnahmen von ver.di sind eindeutig rechtmäßig

Der Aufruf von ver.di zur Teilnahme zu Streikmaßnahmen bei der Stadt Wilhelmshaven geht eindeutig um den derzeitigen Tarifkonflikt hinsichtlich der Kündigung der Arbeitszeitregelungen und richtet sich nicht gegen die Beschlüsse von Parteien, wie der Oberbürgermeister fälschlicherweise behauptet. (...)

Ver.di hat den Oberbürgermeister bereits aufgefordert, die gegenüber den Mitarbeitern ausgesprochenen Drohungen zurückzunehmen, da sie sich gegen das grundgesetzlich geschützte Streikrecht wenden.

4. Unterstützung – ver.di Landesbezirk an den Oberbürgermeister

Sehr geehrter Herr Menzel, Ihre Behauptung, unser Streikaufruf richte sich gegen Beschlüsse politischer Parteien, stellt eine bewusste Verdrehung der Tatsachen dar. Unser Streikaufruf für den kommunalen Bereich Niedersachsens ist ausschließlich auf die Wiederinkraftsetzung der Vorschrift über die wöchentliche Arbeitszeit gerichtet.

Die von den Arbeitgebern geforderten längeren Arbeitszeiten stellen eine Gehaltskürzung dar und können in der Folge zu betriebsbedingten Kündigungen und Zwangsumsetzungen führen.

Ihre Androhung arbeitsrechtlicher Konsequenzen entbehrt daher jeglicher Grundlage. Wir fordern Sie auf, den unzulässigen Eingriff in die Arbeitskämpfparität sofort zu unterlassen.



5. Der Rückzug – Der Oberbürgermeister an die Beschäftigten

Der ver.di Landesbezirk Niedersachsen-Bremen hat mir schriftlich erklärt, dass ausschließlich die Wiederinkraftsetzung der Vorschrift über die wöchentliche Arbeitszeit Ziel der Arbeitskämpfmaßnahme ist. Anders als in dem erheblich missverständlichen Aufruf der ver.di-Geschäftsstelle Wilhelmshaven ist damit aber auch klargestellt, dass andere - offenbar örtliche - Wünsche, Vorstellungen und Forderungen als die, die mit der gekündigten Arbeitszeitregelung zusammenhängen, nicht Gegenstand der derzeitigen Tarifaufeinandersetzung und damit auch des angedrohten Streiks sein werden. Damit ist vermieden, dass der Streik insgesamt als ein rechtswidriger zu qualifizieren wäre und die Teilnahme arbeitsrechtliche Konsequenzen außer dem Verlust der Bezüge für den streikbedingten Arbeitsausfall nach sich ziehen würde.



Buchbesprechung

Es gibt ja Bücher, von denen es heißt, man müsse sie gelesen haben. Wir vom Gegenwind müssen alles lesen, was von Wilhelmshavener AutorInnen geschrieben ist - na ja, nicht gerade jeden schwachen Krimi! - eine Schrift von jemandem, der politisch eine Rolle spielt oder gespielt hat, aber doch.

Lutz Bauermeister, zur Bundestagswahl 2005 von der FDP als Direktkandidat für unseren Wahlkreis nominiert und kläglich gescheitert, hat ein Büchlein mit dem Titel "Vom Menschen zum Kandidaten" verfasst. Es ist nicht im Buchhandel erhältlich, hat keine ISBN, da es im Eigenverlag erschienen ist; wer es haben will, muss 74 72 34 anrufen und bekommt es mit etwas Glück von Bauermeisters Frau Susanne nach Hause gebracht.

10 Euro für 38 Seiten, das ist schon etwas happig, erst recht, wenn man dann hört, dass die Bauermeisters es allen möglichen Leuten zu Weihnachten geschenkt haben. Aber dann fängt man an zu lesen und hat eine gute halbe Stunde viel Vergnügen. Lutz Bauermeister kann schreiben!

"Vom Menschen zum Kandidaten" - damit will er nicht sagen, dass Kandidaten keine Menschen seien, sondern er beschreibt launig-nachdenklich die Veränderungen, die seine Kandidatur an ihm bewirkt hat: Bei aller ihm normalerweise auszeichnenden Rationalität "die kleine zähe Flamme des Ehrgeizes und der Hoffnung auf das Undenkbare". Oder das "Lotto-Gefühl": "So ist der Mensch, wenn er Kandidat ist. Sein Ziel ist das Unerreichbare, und seine Gedanken kreisen um die Aufgabe, so dicht wie möglich an dieses Ziel zu gelangen oder vielleicht, eventuell, wenn sich alle Erfahrungen als falsch erweisen, sogar... (Wie wohnt man eigentlich in Berlin?)"

Er gibt Einblicke in Wahlkampf"rituale" sei-

ner Partei (wahrscheinlich aller Parteien) und in Glaubenssätze von Wahlkämpfern und Wahlkampf Helfern, und das wahrhaft vernünftig formuliert: "Als aber schließlich das Wort 'Kugelschreiber' fällt, wendet der Kandidat mit vorsichtigem Bedenken das Wort 'Zielgruppe' ein, wird aber sofort belehrt, dass kein Faltblatt und kein Programm vom Bürger akzeptiert werde, das nicht mit einer kleinen Gabe garniert sei. ... Weitere Stationen in diesem Rüstungswettlauf mit der Konkurrenz sind: Wahlprogramme, Bonbons, allgemeines Infomaterial, Luftballone, Fahnen, Windmühlen, Bleistifte, Infostände (wann, wo, wer), Äpfel, Pfannenwender, gelbe Rosen, Kochlöffel und Pressearbeit, Pressearbeit, Pressearbeit."

Er schildert die Überwindungen, die es brauchte, Dinge zu tun, die er normalerweise nie tun würde: "Ein größerer Sprung über die Schamgrenze ist erforderlich, wenn Institutionen, Firmen oder sonstige Einrichtungen zwecks Information (und Presseberichterstattung) besucht werden. Da steht er dann, der Herr Kandidat, Presse und Fotografen, wenn sie denn - Gott sei Dank! - gekommen sind, geben der Szene etwas von angemaßter Wichtigkeit, peinlich!"

Und am Ende gesteht er die Enttäuschung über den ausgebliebenen Wahlerfolg: "Und der Kandidat selbst, mit seinen Erststimmen, er ist mit gerade mal der Hälfte der Prozente seiner Partei gnadenlos abgewatscht worden. Der Kandidat prallt unter fürchterlichem Krachen mit der Wirklichkeit ... zusammen."

Bauermeister hat "seinen" Wahlkampf ange treten, um mit seinen Vorstellungen für sich zu werben, und musste feststellen, dass dergleichen nicht gefragt ist. Vielleicht dient sein Büchlein neben der Aufarbeitung einer besonderen Erfahrung ja auch dazu, nachträglich seine Vorstellungen komprimiert darzulegen.

Diese Vorstellungen, dem Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Nord-West-

Metal und des Allgemeinen Wirtschaftsverbandes Wilhelmshaven sicher sehr angemessen, teilen wir GegenwindlerInnen nun ganz und gar nicht. Das Sprichwort "Jeder ist seines Glückes Schmied", klingt nach Jahren neoliberaler Wirtschaftspolitik für die Millionen Menschen, die in einem der reichsten Länder der Welt so arm sind, dass sie nicht mehr aus noch ein wissen, nur noch höhnisch, und das wird nicht besser dadurch, dass Lutz Bauermeister danach auch Mao zitiert: "Willst du einen Menschen einen Tag ernähren, gib ihm einen Fisch, willst du ihn ein Leben lang ernähren, lehre ihn das Fischen". (Vielleicht sollte man ergänzen: Und erlaube ihm, dass er fischt - aber das tut Bauermeister nicht.)

Und mir als Frau stößt außerdem auf, dass Lutz Bauermeisters (Gedanken-) Welt eine rein männliche ist. In dem Büchlein gibt es den Wähler, z.B. den Partei-Feind, den Eiligen, den Denker usw. - Frauen kommen in den ganzen 38 Seiten nur zweimal vor: Susanne Bauermeister als Wahlkampf Helferin und Kandidaten-Fotografin und (im Kapitel "Auf dem Marktplatz" in der amüsanten Typologie des Wählers): "Die Familie: sie nimmt den Pfannenwender, er sagt zwei schlaue Sätze zur Politik und den Kindern werden nebenbei Bonbons oder Luftballone zugesteckt (listige Langzeitwirkung)."

Lutz Bauermeister war 60 Jahre lang Mensch und nur wenige Monate lang Kandidat. Er hat so viel Bodenhaftung, dass ihm die Rückführung "vom Kandidaten zum Menschen" wohl weniger denk- und beschreibenswürdig vorkommen wird. Also wird er darüber wohl kein Büchlein verfassen. Schade eigentlich - das würde ich dann auch bestimmt mit Vergnügen lesen.

Anette Nowak

leserbrief

Leider müssen wir als WALLI doch noch einmal zu dem Interview Stellung nehmen, das Hannes Klöpffer mit Joachim Tjaden im Gegenwind 214 geführt hat.

Wir wollen es kurz machen: Unser Anspruch war und ist es, nicht für die Bürgerinnen und Bürger uns halbtot zu schuffen, sondern mit ihnen gemeinsam die Zustände in Wilhelmshaven positiv zu verändern. Joachim Tjaden hat da wahrscheinlich ein anderes Verständnis von Politik, das weit verbreitet ist, aber nicht unbedingt richtig ist. Er will für die Menschen arbeiten, er entlässt sie aus ihrer eigenen Verantwortung und hält sie damit passiv bzw. unmündig.

Mit den Äußerungen wie "Hinter der Bezeichnung 'Links' verstecken sich zu viele, die eigentlich keine echte politische Position einnehmen" oder "Normal denkende Menschen sind da ohnehin in fast allen Bereichen einer Meinung", gepaart mit einem kräftigen Hang zur Überheblichkeit und Tatsachenverdrehung sowie der Neigung, Parteien zu wechseln wie das Hemd, je nachdem, wo man die meisten Chancen für

sich sieht, macht die Mischung aus für einen opportunistischen Politiker. So ist unsere Vorstellung von Politik nicht.

Nachdem Joachim Tjaden sich politisch geoutet hat, würden wir gern in der Debatte mit ihm von der persönlichen Ebene auf die politische zurückkehren.

Wir hoffen, dass das möglich sein wird, an uns soll es zumindest nicht scheitern.

Johann Janssen, WALLI-Vorstand

Im nächsten Gegenwind:
Ein Gespräch mit dem Vorsitzenden
der neugegründeten
Schutzgemeinschaft Jade Region



**WählerInnengemeinschaft
für Wilhelmshaven**

Treffen der WALLI:
Jeden 1. u. 3. Donnerstag im
Monat um 20.00 Uhr
in der Gaststätte
"Kreuzelwerk"
Freiligrathstr. 432

WALLI
Wilhelmshavener Alternative
Liste
Tel./Fax: 04421 879249
E-Mail: w.alli@web.de
Internet: walli-whv.de